

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint jeden Freitag; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Wohlfahrt“. Überall eingekauftes Manuskript ist stets das Honorar festgesetzt. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. — Schriftleitung: Hars 42/44, Poststraße, zwei Treppen, Fernsprech-Nr. 4667. Best.-Nr. 4244. Verantw. Redakteur: Dr. Ulrichstraße 27. — Postcheckkonto 20313. Ort: Halle.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Für Abnehmer außerhalb Deutschlands monatlich 2 Mk. ab Postamt ab 2. Postboten nachteilig 40 Mk. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,80 Mk. Einzelhefte 12 Pf. im Voraus und 20 Pf. im Nachhinein. — Hauptvertriebsstelle: Hars 42/44, Fernruf 4667. — Postfach Nr. 27. — Postcheckkonto 20313. Ort: Halle.

„Halbverkauft Elemente“

Das offizielle Moskauer über die kommunistische Führung. / „Randbrieffen mit der Sozialdemokratie.“ / Die Behandlung neu gewonnener Mitglieder. Die Rolle der personifizierten Charakterlosigkeit in der KPD.

Selbsterkenntnis.

Halle (Saale), 3. November.

Die von uns bereits gestern erwähnte Rede des Vertreters der Exekutive der kommunistischen Internationale war in der Hauptsache auf die Frage eingeleitet, wie gelangt es uns, an die Arbeitermassen heranzukommen, wie ermöglichen wir, der sozialdemokratischen Partei Mitglieder zuzuführen. Der große Linienbegriff aus Moskau hat den Versuch gemacht, die zukünftige Entwicklung der KPD in einem völlig neuen Sinne erkennen zu lassen. Diesen Versuch zu revidieren, mußte er natürlich die Bezugnahme der kommunistischen Partei in Grund und Boden verdammen. Das geschah durch folgende sehr interessante Rede:

„Ich gehe jetzt zur Untersuchung der ersten Form Kurzer Kritik, zur Frage der Schwächung der Beziehungen der Partei zu den breiten, parteilosen Arbeitermassen über. Worin hat sich diese Form der Kritik geäußert? 1. In der schamlosen Verzerrung der Parteimitglieder, 2. in Sünden der Verantwortlichkeit der Partei, 3. in der Annahme unserer Einstellung auf die Arbeitermassen, 4. in der Schwächung der Anhängerschaft der Partei auf die sympathisierenden Arbeitermassen, die sonst bei den Wahlen ihre Stimmen gewöhnlich der KPD. gegeben hätten.“

Diese Kritik ist in der Tat vernichtend. Aber sie trifft in der Hauptsache das Richtige. Einziges bleibt in diesem Rahmen kaum noch etwas. Es ist klar, daß der Moskauer Vertreter nicht bei der Feststellung der kommunistischen Parteipolitik stehen blieb, sondern daß er die Schuldigen zu entlarven suchte. Den Führern stellte er folgendes Zeugnis aus:

„Anstatt bei der Abwanderung der Masse zu bleiben, befinden sich die Führer dieser Sorte in Wirklichkeit am Schwanz der Bewegung.“

Der Moskauer Unbekannte hat in der Sache recht, obwohl er sich darin hätte präzisieren müssen, daß die Führung der deutschen Kommunisten bisher immer nur ihre Aufgabe darin gesehen hat, ihre Anhänger bis zur Siegeshöhe aufzuführen und sie ins Unglück zu jagen, daß dieselbe Führung natürlich weder den Mut noch den Willen hatte, an der Spitze der Entsetzten selbst in die persönliche Katastrophe hineinzurennen. Sie haben, wenn die Dinge bis zur Explosion getrieben waren, am Schwanz der Bewegung den zufriedenen Beobachter von fester Stelle aus gemacht, immer von der Ansicht geleitet, die von ihnen verschuldeten Menschenopfer zum Ausgangspunkt einer wütenden Fehlschaltung gegen die nichtkommunistische Welt und in Sonderheit gegen die Sozialdemokratie zu machen.

Wenn der Moskauer Herr auch diese Gedankenfänge nicht entwickelt hat, so beweisen doch seine Worte über die verschärfenden kommunistischen Persönlichkeiten, daß seine Auffassung von der unsrigen nicht sehr weit entfernt ist. Von Schölen und seiner Gruppe behauptet er, daß sie nicht nur keinen einzigen sozialdemokratischen Arbeiter gewinnen könne (Starker Versuch, Gängelung), sondern daß sie jene proletarischen Elemente die uns nahesteht und auf dem Wege zu uns sind, sogar abstoßen (Stimmliche Zustimmung). Tugend ist ein Dösel aus Berlin, der schon seit langer Zeit mit einem Fuß außerhalb der Kommunisten steht (Sehr richtig), ist nur fähig, Lärm in sozialdemokratischen Versammlungen hervorzuheben (Zustimmung), aber er ist nicht imstande, auch nur ein einziges Argument anzuführen, um einem einfachen Arbeiter aus der breiten Masse die wirkliche Rolle der Sozialdemokratie klarzumachen. (Sehr gut.) Je rascher die Partei diese halbverkauften Elemente auf ihren richtigen Platz stellen und sie aus den leitenden Positionen entfernen wird, um so rascher wird sie vorwärts schreiten auf dem Wege der Verwurzelung in den breiten Massen.“

Was hätten wohl die kommunistischen Parteimitglieder gesagt, wenn die sozialdemokratische Presse Schölen, Ruth Fischer und Maslow als halbverkauft Elemente bezeichnet haben würde. Die Leitungen der sozialdemokratischen Partei waren in ihrer Kritik gegenüber der kommunistischen Führung viel weislicher als bei Gelegenheiten aus Moskau, bei der sie mit feinen Ausführungen über die kommunistische Führung den heimlichen Verfall des kommunistischen Reichsparteitagresses geentert hat.

Wir erwähnten bereits eingangs, daß der Zweck der Rede doch eigentlich die Lösung der Frage sei: Wie kommen wir an die Arbeitermassen, wie kommen wir an die Sozialdemokratie heran? Wir haben bereits gestern gar keinen Zweifel gelassen, daß wir nach wie vor von der Unrechtfertigkeit der kommunistischen Partei und Parteiaktivisten überzeugt sind. Der kommunistische Versuch zur Ehrlichkeit ist ein Widerspruch in sich selbst und widerspricht dem Leninischen Rezept, das Volk zu überzeugen durch Wahrheit und Sinterchätigkeit in den Gewerkschaften als Mittel des proletarischen Organisationskampfes empfiehlt. Bei diesen anderen Grundbegriffen ist es natürlich den

Kommunisten kaum in einem einzigen Stadium ihres Tuns und Denkens möglich, auch nur das Gefühl der Ehrlichkeit zu wahren. So kommt es, daß, wenn der große Moskauer Unbekannte von der sogenannten rechten Gefahr innerhalb der KPD spricht, er sich wieder des sehr bezeichnenden Ausdrucks bedient. Wie verlogen das ganze kommunistische Einheitsfrontgespräch ist, wie wenig ihnen die proletarische Einheitsfront wirklich Gegenübertritt ist, wie sehr sie in allen Wahlen ihres Mandatierens mit der Sozialdemokratie nur darauf bedacht sind, Moskauer Parteigeheiß zu machen, geht aus folgendem Satz mit erschütternder Deutlichkeit hervor:

„Die rechte Gefahr könnte uns mit einer neuen scharfen rechten Krise nur unter einer Bedingung bedrohen, nämlich, wenn wir durch intelligente Taktik im Kampfe um die Massen 100 000 bis 200 000 sozialdemokratische Arbeiter gewinnen werden. Diese neuen Schichten könnten, wenn sie in die Partei eindringen, den Brandierismus unzweifelhaft stark galvanisieren. Dann hätten wir uns in unserer Gesamtheit wieder gegen diese neue rechte Gefahr zu wenden.“

Man will also nicht die Einigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern auf einer lokalen Plattform, sondern durch „intelligente Taktik“ sozialdemokratische Arbeiter in die kommunistische Partei hineinbringen, um sich dann „gegen diese neue rechte Gefahr zu wenden“, d. h., man will die neugewonnenen sozialdemokratischen Mitglieder innerhalb der KPD, unter die Moskauer Kräfte zwingen. Nichts beweist eindeutiger die kommunistische absolute Unrechtfertigkeit wie diese Entfaltungen des großen Unbekannten aus Moskau. Man will seine Einigung, man will nur Schanden des russisch-asiatischen Imperialismus.

Wenn der Moskauer Redner nur die Gruppe Schölen, Ruth Fischer-Maslow als halbverkauft Elemente bezeichnete, so tat er das zweifellos aus Lüge Überzeugung. Seiner wirklichen Auffassung nach ist der Fäulnisprozess innerhalb der kommunistischen Partei viel weiter fortgeschritten. Darüber gibt folgende Stelle seiner Rede Auskunft:

„Ich muß euch, Genossen, das Geständnis machen, daß mich jetzt nicht so sehr die organisierte ultralinke Fraktion der „intelligenten Taktik“ sozialdemokratische Arbeiter in die kommunistische Partei hineinbringen, um sich dann „gegen diese neue rechte Gefahr zu wenden“, d. h., man will die neugewonnenen sozialdemokratischen Mitglieder innerhalb der KPD, unter die Moskauer Kräfte zwingen. Nichts beweist eindeutiger die kommunistische absolute Unrechtfertigkeit wie diese Entfaltungen des großen Unbekannten aus Moskau. Man will seine Einigung, man will nur Schanden des russisch-asiatischen Imperialismus.“

Das heißt also, daß sich Moskau vor jener Sorte kommunistischer Parteimitglieder fürchtet, die auf Moskau Gehört immer zum Unfall in parteiaktiven Fragen bereit sind, bei denen die Gefinnungslosigkeit also Prinzip ist und die in jeder Hinsicht in keinem Zeitpunkt der Entwicklung ein lazes Gesicht zeigen und immer auf der Dauer liegen, den Feinden von morgen, den Fremden von gestern in den Rücken zu fallen. Diesen Lippen näher zu präzisieren, hat der Moskauer Herr unterlassen. Er hätte jedoch auf Leute wie Kilian und Genossen verweisen können, um die personifizierte Grundlosigkeit als Prinzip drastisch zu veranschaulichen.

Diese Elemente müssen in der Partei der Kommunisten sehr zahlreich vertreten sein. Denn sonst hätte Moskau gar keine Ursache, sie für gefährlicher als die Gruppe Schölen zu halten. Was wiederum zeigt, daß die Zustände in der KPD überhaup. Damit beweisen wir, daß die heutige Mittellinien Moskaus das geeignete Sammelbecken des uns weit gefährlichsten, politischen und kulturellen Freiheits ringenden Proletariats ist.

Kommunistische Sachkenntnis.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat unter dem 22. Oktober folgendes Schreiben an den Vorpresidenten des Reichshausratsauschusses, den Genossen Hugo Weimann, gerichtet: „Wegen der außerordentlichen Notlage der unteren und mittleren Beamten beantragt die kommunistische Reichstagsfraktion die sofortige Einberufung des Hausratsauschusses zwecks Stellungnahme zur Befordrungsordnung und Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten.“

Das Schreiben wurde von dem Genossen Weimann wie folgt beantwortet: „Ohne sachlich zu Ihrem Schreiben vom 22. Oktober 1925 - Tg. I 4747/25 - Stellung zu nehmen, bebaure ich, Ihrem Wunsch, den Hausratsauschuss sofort einzuberufen, nicht entsprechen zu können, da weder Reichsverfassung noch Geschäftsordnung mir dazu die Möglichkeit geben.“

Sozialdemokratische Mehrheit in Basel. Am Sonntag wurde in Basel bei den Wahlversammlungen der Sozialist. Wählergruppen 9425 Stimmen gewählt. Die beiden hiesigen Gegenkandidaten erhielten zusammen nur 8486 Stimmen.

Bedeutung der Provinzial- und Kreistagswahlen.

III. Die Rechtsparteien als Gegner der Selbstverwaltung.

Von Landrat Guste (Merseburg).

An der Gestaltung der inneren Verwaltung wird schon seit 1868 herumgedoktert. Im Dezember 1868 forderte das Preussische Abgeordnetenhaus eine Neuorganisation der inneren Verwaltung mit dem Ziel Anlauf in die tatsächlichen Bedürfnisse (Vereinfachung des bürokratischen Geschäftsganges und bessere Teilnahme der Bevölkerung an der Ausübung der Verwaltung). Die von den Konserverativen abhängige preussische Regierung legte auch wiederholt Entwürfe zur Kreis- und Provinzialordnung vor. Mit welchem Geist aber die konserverativen Parteien des Abgeordnetenhaus und des Herrenhauses diese Vorhaben einer zeitgemäßen Verbesserung der inneren Verwaltung betrachteten, zeigt ein Auspruch einer ihrer damaligen Führer gelegentlich der Beratung der Kreisordnung im Abgeordnetenhaus am 22. Oktober 1872. Dieser Führer, Graf Bühl, sagte: „Ein Hauptbedenken gegen den Gesetzentwurf ist, daß er die alte erbliche Obrigkeit mit Ausnahme der Krone aus unserem Staatsleben hinauswirft.“ Diese konserverativen Herren ließen also in ihrer staatsrechtlichen Anschauung noch ganz im Mittelalter. Unter der erblichen Obrigkeit verstanden die Konserverativen die mit dem Geist des Gutes verbundene Selbstverwaltung und Selbstverwaltung.

Die langjährigen Verhandlungen wurden denn 1872 die Kreisordnung und 1875 die Provinzialordnung als Gesetz erlassen. Beide Gesetze lieferten aber die Verwaltung der Kreise und Provinzen zeitlos den Großgrundbesitzern aus. Die Verfassungen seit Einrichtung der Selbstverwaltung (Steinische Städteordnung 1808), das ganze Volk zu Trägern der Wahrnehmung der Selbstverwaltung zu machen, wurden durch die Kreis- und Provinzialordnung gar nicht beachtet. Lediglich in etwas neuerlicher Aufmachung wurde das alte Feudalsystem der Vorkerrschaft des Grundbesitzes in Preußen wieder neu gestiftet. Die Herrschaft der Konserverativen wurde durch die Beherrschung der Kreis- und Provinzialverwaltungen natürlich in ihrer Ausübung noch lebendiger behauptet, daß die Parteien auch gleichzeitig über das Landesparlament verfügten. Somit in Staats- wie Selbstverwaltung war also konserverativ (beide würde man sagen bürokratisch) Krump und damit für Jahrzehnte hinaus jede freiheitliche Umbildung und Weiterentwicklung der Selbst- und Staatsverwaltung einfach unmöglich gemacht.

Die Forderungen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung der Verwaltungsform und der im Sinne einer durch Bürokratie weniger beeinflussten Selbstverwaltung notwendigen Umgestaltung des Verwaltungsrechtes kamen aber nicht zur Ruhe. Auf Streben der Konserverativen Partei zeigte die konserverative Regierung sich aber nicht genug, irgendwelche Gesetzesentwürfe mit einer tatsächlichen Wirkung im Sinne der aufgestellten Forderungen dem Landtage vorzulegen. Wirklich neuezeitliche Forderungen hätten aber auch nicht die Zustimmung der preussischen Parlamente gefunden, da in diesen Parlamenten der mittelalterlich eingetretene Konserverativismus die Macht vollkommen in Händen hatte.

Die Herrschaft der konserverativen Großgrundbesitzer im Preussischen Landtage, Provinziallandtage und Kreistage wurde nur durch die Staatsumwälzung im November 1918 infolge der Revolution der Massenmehrheit erst gebrochen. Seit dieser Staatsumwälzung sind auch wiederholt Versuche gemacht worden, die Verwaltung und die teilweise sehr ungewöhnliche Form der Verwaltungsorganisation der Selbstverwaltung und Staatsverwaltung in Provinz und Kreis zu ändern. Infolge der durch die unglücklichsten wirtschaftlichen Verhältnisse ausgelösten politischen Parteikämpfe sind diese Versuche aber bisher immer ohne Erfolg geblieben.

Bei der diesjährigen Beratung im Preussischen Landtag forderte in auffälliger Weise besonders die Deutschnationalen Partei eine durchgreifende Verwaltungsreform. Diese Forderung mußte um so auffälliger erscheinen, wenn man überlegt, daß früher die Vorwörter der Deutschnationalen Partei (die konserverativen Parteien) jede neuezeitliche Umbildung der Verwaltungsform und des Verwaltungsrechtes 50 Jahre hindurch mit allen Mitteln zu verhindern gesucht hatten. Die Forderungen der Rechtsparteien haben aber nicht zum Ziele eine der neuesten Aufgaben der Staats- und Selbstverwaltung angepaßte Verwaltungsorganisation und Verbesserung des Verwaltungsrechtes, sondern die Rechtsparteien verlangen eine Rückbildung des heutigen Selbstverwaltungsrechtes in die Formen des früheren absoluten Parteistates. Der Hauptprediger der Deutschnationalen Partei im Preussischen Landtag erklärte wörtlich am 13. Oktober 1925:

„Die Herrschaft bei den Gemeinden und Gemeindevorständen steht zum Himmel. Wir fordern vom Minister eine kräftige Staatsaufsicht.“

Die Deutschnationalen verlangen also, daß hier die seit der Staatsumwälzung erzielten bedeutenden Verbesserungen der Selbstverwaltung wieder auf die Form des früheren unter dem Mantel eines Scheinfortschritts stehenden Konserverativismus zurückgebracht werden. Die Forderung der Deutschnationalen: „Beherrschung der Staatsaufsicht“ ist um so bedenklicher, wenn man berücksichtigt, daß die heutige Staatsaufsicht noch mit Hilfe

rückgehen. Eine in die Hände dieser Reichsparteien gelangte Staatsverwaltung würde es also in der Hand haben, die rü-

stänbigsten Beschäftigungsformen des absoluten Volkswesens weiter angewandt und damit gleichzeitig auch die besten Methoden der Selbstverwaltung im Reine zu erschaffen...

Die deutschen Nationalen Herrschaften können Platzantritt zu mittlern. Sie sollen bei der unpolitischen Aufführung des preußischen Hofes einmal wieder den Einfluss in Staat- und Selbstverwaltung zu erreichen, die sie vor der Staatsumwälzung hatten.

Schleies freudiges Ja.

Das Berliner Tageblatt behauptet in seiner Montagenausgabe, daß der Reichsmarschall des Herrn Siede in der Kabinettsitzung vom 22. Oktober eine Frage, wie er zur Vereinfachung des Vertrages von Locarno die, dahin beantwortet: "Ja werde mit einem freudigen Ja antworten".

Die in der obigen Nationalung angeführte Meldung des "D. Z." hat folgenden Wortlaut:

In der entscheidenden Kabinettsitzung vom 22. Oktober 1926, nach der Schluß der Verhandlung von Locarno, unter den Verhandlungsergebnissen der Kabinettsitzung, ein Mitglied der Kammer hat, erfahren wir noch eine interessante Einzelheit.

Klarheit verlangt.

Die Furcht der Deutschnationalen vor der internationalen Entscheidung.

Am heutigen Tage beschäftigt der Reichstag mit dem noch hinter der Regierung stehenden Parteien die politische und parlamentarische Lage durchzusprechen. Der "Vorwärts" erinnert uns daran, daß wir überhaupt keine Regierung zu erwarten haben, weil die Parteien sich nicht vereinigen können.

Die "Germania" betrachtet die Situation von ähnlichen Gesichtspunkten aus und schreibt: Die gegenwärtige Regierung ist nur eine Übergangsregierung.

Die Mehrheit der Reichstag, hat zu hören zu verstehen, wobei für alle Welt klarer, geringer Erfolg sein, mit aller Entschiedenheit für die Freiheit der innerpolitischen Lage zu fordern.

Der Kampf gegen die Verwirklichung. Auf Grund der Beschlüsse über den Parteivertrag haben die Berliner Volksparteien gegen den Ministerpräsidenten und Kaufmannsleute, einer der größten Berliner Industriellen, die gewisse Reichspräsidenten 40 bis 60 Mrk. über dem Tageslohn verkauft hatte, die Handlung unterzogen.

Critik der Weimarer Sozialdemokratische Kritik und Forderungen.

Dresdener Landtag.

Berlin, 3. November. (Soz. Presse-Dienst.)

Der Weimarer Landtag hielt am Montag die gemeinsame Aussprache zum Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten ab. Der demokratische Abg. Niederelel wird auf die politischen außenpolitischen Folgen der zweideutigen und unaufrichtigen Politik der Weimarer Regierung hin, deren Beschlüsse er fertig bringe, den Verfall des Reichsstaates hin, deren Verfall er fertig bringe, den Verfall des Reichsstaates hin...

Das Gaus geht voraus auf zweite Beratung des Haushalts für Wirtschaft, Kunst und Volksbildung über...

Abg. König (Soz.)

leitet aus der Veränderung der Weltlage in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und der geistigen Revolution die besonderen Aufgaben der staatlichen Kulturpolitik ab. Wenn man die heutige Zeit nach der politischen Seite betrachtet, so ist für jeden Menschen mit offenem Blick klar, daß wir in Europa mitten in einer Umwälzung umherirren...

der Rhein und Saale für Deutschland rettet, die vor hundert Jahren von den Fürsten der Franzosen preisgegeben worden waren. Von dem wirklichen Wohlschaffen erwidert unfer Jugend in den Schulen viel zu wenig...

Wie man für die innere Umstellung der Schule nicht viel tut, so auch nichts oder nur sehr wenig für den Ausbau des Volkshochschulwesens überhaupt. Es müssen Erziehungsanstalten geschaffen werden, die dem Volk den Weg weisen...

Die Bildungsunfähigkeit der Reichsparteien zeigt sich überall deutlich in ihrer Stellungnahme zum Reichshochschulwesen. Wie werden im Verlauf der Aussprache auf diese Frage noch besonders zu sprechen kommen.

Am Schluss wies Genosse König auf das Vorhaben Damburgs hin, deren Schulbehörde das Bild Christi am vorigen Sonntagabend, beim Tag, an dem das Denkmal Christi in Hebelberg errichtet wurde, in allen Damburger Schulen andringen ließ...

die in der obigen Nationalung angeführte Meldung des "D. Z." hat folgenden Wortlaut: In der entscheidenden Kabinettsitzung vom 22. Oktober 1926, nach der Schluß der Verhandlung von Locarno, unter den Verhandlungsergebnissen der Kabinettsitzung, ein Mitglied der Kammer hat, erfahren wir noch eine interessante Einzelheit.

Der Nationalrat der Französischen Sozialisten gegen Painlevé. Vor einer neuen Agrerungsstrategie.

Paris, 3. November. (Nationalung.)

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat heute morgen gegen 2 Uhr nach mehrstündiger, sehr stürmischer Diskussion mit großer Mehrheit eine Entschiedenheit über die Agrerungsstrategie angenommen, die dem Kabinett Painlevé das Vertrauen verweigert.

Der gefasste Beschl. stellt Herrn Painlevé vor unter diesen Umständen auf eine Weisheit von links nicht mehr rechnen kann, vor die Entscheidung, ob er mit einer sogenannten Kongresspartei regieren oder ob er seinem niederbotteligen Verstandes gegen die Mehrheit der Partei aufzugeben hat.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat heute morgen gegen 2 Uhr nach mehrstündiger, sehr stürmischer Diskussion mit großer Mehrheit eine Entschiedenheit über die Agrerungsstrategie angenommen...

Die heutige französische Agrerungsstrategie.

Paris, 3. November. (Soz.) Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat heute morgen gegen 2 Uhr nach mehrstündiger, sehr stürmischer Diskussion mit großer Mehrheit eine Entschiedenheit über die Agrerungsstrategie angenommen...

Republik Verfließen?

Verfließen ist im Begriff, sich von der Monarchie in eine Republik umzuwandeln. Man sieht, der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat heute morgen gegen 2 Uhr nach mehrstündiger, sehr stürmischer Diskussion mit großer Mehrheit eine Entschiedenheit über die Agrerungsstrategie angenommen...

Das politische Schicksal Deutschlands ist allerdings nach dem Beschl. des Nationalrats der Sozialistischen Partei nicht die Arbeit der Regierung, sondern die Arbeit der Partei, die die Verantwortung für die Zukunft des Landes trägt.

Die Ursache des Unglücks.

Von dem deutschschweizerischen Komitee wird mitgeteilt, daß die bisherige Untersuchung über die Schlagschiffkollision auf See... Die Ursache des Unglücks...

Der Arbeitsförderer. Im Urteil der Wissenschaft.

Münchener Dolchstoß-Prozeß.

Wien, 2. November. (Staatsbericht.) Im Dolchstoß-Prozeß hat am Montag die Sache der Angeklagten begonnen. Die Hauptbeteiligten des Prozesses... Münchener Dolchstoß-Prozeß...

Die Frage der Arbeitsförderung.

In all diesen Friedensangeboten wurde ein und mehr oder weniger deutlich die Frage gestellt: Wie steht ihr über Selbigen? Ihre... Die Frage der Arbeitsförderung...

Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende „Große Anfrage“ eingebracht: Auf der Rede... Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion...

Die neue Türkei. Eröffnung des Parlaments in Angora.

London, 3. November. (Radiotelegramm.) Am Montag erfolgte in Angora die Eröffnung des Parlaments... Die neue Türkei...

Der Schiffsunfall.

Samburg, 3. November. (WBZ.) Bei Schulaufgaben steht früh der englische Dampfer „Koranna“... Der Schiffsunfall...

Erklärung des republikanischen Richterbundes. Zum Fall Weversdorff.

Berlin, 3. November. (Radiotelegramm.) Zu der Entscheidung des Vorstands des Preussischen Richterbundes gegen die Ernennung des Amtsanwalts Weversdorff... Erklärung des republikanischen Richterbundes...

Aus aller Welt. Schweres Unglück.

Berlin, 3. November. (Radiotelegramm.) Ein schweres Unglück ereignete sich gestern nach Anbruch... Aus aller Welt...

Ein Wahnsinniger im Flugzeug.

Berlin, 3. November. (WBZ.) Von der Direktion der inaktiven Aero-Club-Mitglied... Ein Wahnsinniger im Flugzeug...

Das Verdict des Staatsanwalts.

Berlin, 3. November. (Radiotelegramm.) Der kürzlichste Oberstaatsanwalt Dr. Fieders befragt in einer Erklärung, daß er von vornherein den Gemissten... Das Verdict des Staatsanwalts...

Wahlerfolge der englischen Arbeiterpartei.

London, 3. November. (Radiotelegramm.) Am Montag haben in London und im ganzen Land die... Wahlerfolge der englischen Arbeiterpartei...

Ein Meinungswechsel.

Die Wiener Zeitung meldet, daß die Wiener Zentralkommunisten... Ein Meinungswechsel...

Die schuldige Maschinenherstellung.

Die schuldige Maschinenherstellung. Die amtliche Untersuchung über die Entstehung des Generalleutnants... Die schuldige Maschinenherstellung...

Die schuldige Maschinenherstellung.

Die schuldige Maschinenherstellung. Die amtliche Untersuchung über die Entstehung des Generalleutnants... Die schuldige Maschinenherstellung...

Die schuldige Maschinenherstellung.

Die schuldige Maschinenherstellung. Die amtliche Untersuchung über die Entstehung des Generalleutnants... Die schuldige Maschinenherstellung...

In Weimar.

Von Werner Schumann.

Wer, der Großstadt satt, sich in diesen von Pensionatskammern wohl betreuten, an höflicher Geschichte reichen Ort flüchtet, wird, falls er nicht in eine Hülfs-Vereinigung oder, von einer Kamme...

Ja, es ist eine wunderhölle, und wieviel an eine recht interessante Deutscher Straße hingebettet bis zu dem weichen Tal der Nim...

Von Denkmälern kann ich große, unheimliche Schatten über den Weg und in den Parks von Weimar hinüber das Laub...

Kropfbildung und Trinkwasser. Neue Ergebnisse der Kropfforschung.

Von E. M. Diehl-Wan.

Auf einer Vorkonferenz in Köln machte vor kurzem Prof. Dr. von Gosenbach aus Jülich aufschreiende und wichtige Mitteilungen über neue Forschungen der Kropfforschung.

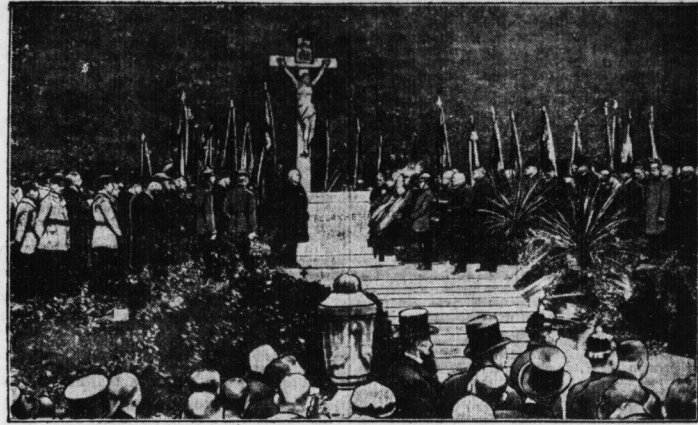
Es ist eine alte Geschichte, daß man sich unter den Bewohnern von Hochgebirgen viele am 'Kropf' leiden. Der 'entzündliche', d. h. einseitige Kropf ist ein sehr unangenehmes Leiden, wegen seiner Folgeerscheinungen gefährlich und für die Bewohner der bergigen Gegenden auch wirtschaftlich nachteilig.

Seit lange Zeit hindurch war man in wissenschaftlichen Kreisen der Ansicht, die Disposition zum Kropf liege im Zusammenhang mit der verminderten Luft der Hochgebirgsregionen.

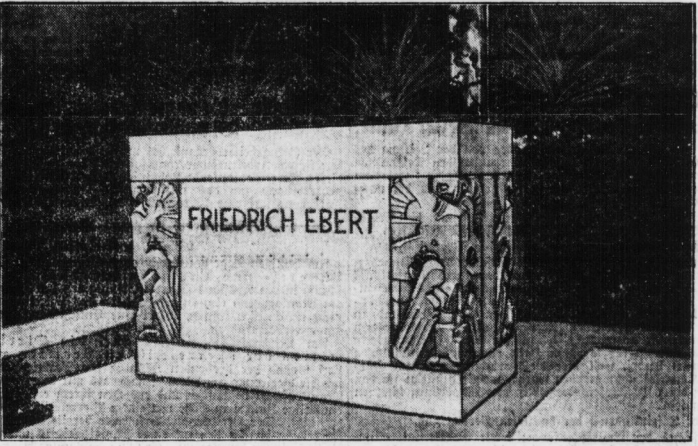
In Holland, das bis vor wenigen Jahren noch als Kropfteil galt, zeigt sich neuerdings in Gegenden mit modernen Wasserleitungen anlangen begünstiger Kropf. Untersuchungen haben ergeben, daß der Kropf nach der Höhe des Wasserdruckes im Kropf abnimmt.

Enttüllung des Ebert-Grabdenkmals.

1. Die Feier.



2. Der Gedenkstein.



Das Denkmal, ein farzophaagischer Marmorblock, ist ein Werk Prof. Peter Behrens. Die obere Platte wird von vier Adler getragen, 11 Marmorfiguren führen in zwei Läufern hinauf. Auf der vorderen Seite des Blockes ist nur der Name 'Friedrich Ebert' angebracht...

Der Tag des Regers bricht an ...

Von Gustav Glimlin.

Amor, der Leiter der Berliner Wissenschaftler, sagte in einem Vortrag über Afrika: 'Es geht durch die schwarze Bevölkerung Afrikas eine Bewegung gleich der Bewegung...

Wir Weißen müssen uns dieses anerkennende Wortes als gedächtnis denn eben so sicher wird der Tag der Reges kommen, wie der ästhetische Null (siehe Brief in Shanghai) bestimmt, die Zivilisationen europäischen Kontinents abzuschaffen.

Der Bischof als Tanzfreund.

Der Tanz ist nicht notwendigerweise ein Feind des religiösen Kultes. David tanzte vor der Bundeslade, Griechen und Römer hatten ihre heiligen Tänze, und die Märkter der Wälder des Eriens hat es so noch heute.

Der Schulungsplan in Sowjetrußland.

Die russische Regierung hat einen Schulungsplan genehmigt, der den allgemeinen Schulungsplan in Sowjetrußland einführt. Danach soll für alle Kinder von 8 bis 11 Jahren der Besuch der sogenannten Arbeitsschulen unentgeltlich und obligatorisch sein.